

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Herausgeber: Frauenbefreiungsbewegung Zürich
Band: - (1992-1993)
Heft: 41

Artikel: Auf Abtreibung steht Abreibung : zur Situation in Polen
Autor: Hunziker, Andrea
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054525>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUF ABTREIBUNG

STEHT ABREIBUNG

ZUR SITUATION IN POLEN

Mit den wirtschaftlichen Veränderungen in Osteuropa gehen soziale Veränderungen einher, die vor allem Frauen ins Abseits zu führen drohen. Wohl wurden sie in kommunistischen Ländern in den Arbeitsmarkt integriert. Sie standen dank guter Ausbildung und sozialer Einrichtungen mit beiden Füßen im Erwerbsleben. Jetzt zeigt sich deutlich, dass diese Errungenschaften nichts mit den Rechten der Frau, sondern nur mit der Realisierung kommunistischer Pläne zu tun hatten. Dies trifft auch auf das liberale Abtreibungsgesetz in Polen zu. Wie gewonnen, so zerronnen.

Die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches 1959 ist ein wirtschaftspolitischer Entscheid zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Bei diesem sowie folgenden Entscheidungen werden die Frauen nie miteinbezogen, in den zuständigen Gremien sind sie kaum zu finden.

Zusammen mit der Gewerkschaft *Solidarität* kommt Ende der 80er Jahre auch die katholische Kirche an die Macht. Nun fordert sie ihren Tribut dafür, dass sie sich am Widerstand beteiligt hat: Sie äussert sich fortan in eigenen Zeitungen zu politischen Themen. Auf ihr Drängen hin wird der Religionsunterricht in den Schulen eingeführt. Sie will die Trennung von Kirche und Staat aufheben, Abtreibung, Verhütungsmittel und Scheidung verbieten. Priester werden in den Lehrkörper aufgenommen, wo sie Druck auf die Kinder ausüben und Mädchen zunehmend auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter und nicht auf ihre Berufsausbildung vorbereiten. Opportunistisch schlagen sich die politischen Machthaber entweder lauthals auf die Seite der Kirche oder schweigen.

Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Bilder und Berichte von zufriedenen Hausfrauen und Müttern häufen sich in den Medien. Die Aussage ist klar: Los, zurück zu den drei Ks! Die Polinnen stehen dieser Forderung machtlos gegenüber: Sie sind politisch gar

nicht und gewerkschaftlich kaum organisiert. 1989 bereitet eine Gruppe von Parlamentariern ein Abtreibungsverbot vor, das nach heftigen Protesten aber schubladisiert wird. Die 1990 gegründete nationale Kommission von Gewerkschafterinnen der *Solidarität* kritisiert am Parteitag 91 die Unterdrückungsmethoden der männerdominierten Politik und macht sich für eine unabhängige Frauenbewegung stark, die in Richtung Erneuerung des Landes arbeiten soll. Daraufhin wird sie kurzerhand für illegal erklärt.

Ein Senatsausschuss konsultiert neben kirchlichen Vertretern zum ersten Mal auch Frauengruppierungen zum Abtreibungsgesetz. Kurz darauf genehmigt er einen restriktiven Gesetzesentwurf des Gesundheitsministeriums. Der Papst selber will diesen bis zu seinem Besuch im Sommer 91 auch vom Sejm (poln. Volksvertretung) genehmigt wissen, was dieser aber nicht tut. D.h. also, nach dem Buchstaben des Gesetzes haben Polinnen immer noch freien Zugang zu einem unentgeltlichen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Polikliniken oder Krankenhäusern. Viele Gynäkologen ziehen es jedoch vor, Abtreibungen als lukrativen und steuerfreien Nebenerwerb vorzunehmen. Da viele Frauen lieber privat abtreiben, um dem psychischen Druck von Gesellschaft und Kirche, für welche Abtreibung trotz Praktizierung und Legalität tabu ist, auszuweichen, gleicht die Situation eher derjenigen der Illegalität.

Seit den 70ern nimmt die Information über und die Produktion von Verhütungsmitteln konstant ab. Da polnische Produkte auch qualitativ nicht genügen, bevorzugen Polinnen importierte Verhütungsmittel, die die Regierung jedoch zunehmend boykottiert. Zudem drohen kirchliche VertreterInnen Apothekern mit Repressalien, sollten sie weiterhin Verhütungsmittel verkaufen. Seit der Einführung der Marktwirtschaft hat das Angebot zwar zugenommen, doch sind die Preise jetzt unerschwinglich. In diesem Sinne hat die Regierung die Kirche unterstützt: Paare müssen zu «natürlichen» Verhütungsmethoden Zuflucht nehmen. Zudem sind kirchliche Vereinigungen oft

die einzigen, die «Aufklärungskampagnen» durchführen können und Unterstützung anbieten, jedoch nur bis kurz nach der Geburt des Kindes.

Die Ansichten der AbtreibungsgegnerInnen sind altbekannt: Das Leben beginnt mit der Empfängnis, und es gibt gar keinen Grund zu glauben, dass dasjenige der Mutter von grösserem Wert für die Gesellschaft sein könnte als das des Kindes; legale Abtreibung kommt einem Genozid gleich; Verhütungsmittel sind Mordinstrumente; Abtreibung hat auf die Betroffene traumatische Auswirkungen – sie bleibt ihr Leben lang psychisch behindert; es gibt keine Ausnahme vom Abtreibungsverbot; fehlbare Frauen und Ärzte werden mit Gefängnis bestraft.

Laut mehreren Umfragen sprechen sich jedoch 80% der erwachsenen, katholischen Bevölkerung für Familienplanung aus. Etwa 70% aller Erwachsenen mittleren Alters sind für das Recht auf Abtreibung, wobei die Betroffene das letzte Wort haben soll. Sie sehen Abtreibung als eine unvermeidbare Sünde, die das Leben ihnen aufzwingt. Die Forderungen der Kirche stufen sie als unrealistisch ein. Im Gegensatz dazu sprechen sich nur 40% aller jungen Erwachsenen für dasselbe Recht aus – Gemeindepriester können diesen Erfolg für sich verbuchen.

Aufgrund der drohenden Gesetzesänderung haben sich im Parlament, innerhalb und ausserhalb der Parteien, Frauen zusammengeschlossen, um Einfluss auf Entscheidungen zu gewinnen. Sie fordern: Sexualekunde in der Schule, Zugang zu Informationen, genügend und qualitativ guten Verhütungsmitteln, unabhängige Beratungs- und Familienplanungstellen, Entscheidungsfreiheit der Frauen.

Andrea Hunziker

Zwei ausführliche Artikel dazu schrieb Jacqueline Heinen 1991 in «L'Homme et la société» N° 99-100 bzw. «Futur antérieur» N° 7, beide Editions L'Harmattan, Paris.

Unterstützt werden die Polinnen in der Schweiz von der Schweiz. Gesellschaft für das Recht auf Abtreibung SGRA, Bern, die einen Spendenaufruf lanciert hat. PC 30-36880-6.